

Beschluss des Landesbehindertenbeirates 10/2007

Beendigung der Separation in Förderschulen

Der Landesbehindertenbeirat stellt fest, dass die Landesregierung weiterhin Menschen mit unterschiedlichsten Behinderungen in Förderschulen separiert. Integration in Regelschulen erfolgt in außerordentlich geringem Umfang, ohne dass dies unter Berücksichtigung der Behinderung der Sache nach unverzichtbar geboten wäre. Die Interessen der Menschen mit Behinderungen werden durch diese Schulpolitik nicht gewahrt, da ihnen gleichwertige Schulabschlüsse und gemeinsamer Schulunterricht vorenthalten werden. Aufgrund der einseitigen Bildungschancen werden Menschen an ihrer weiteren Entwicklung gehindert und werden vom allgemeinen Bildungs- und Arbeitsmarkt weitestgehend ausgeschlossen. Junge Menschen mit Behinderungen können so weder ihren Anspruch auf eine ungehinderte Entfaltung ihrer Persönlichkeit im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt noch eine gleiche Teilhabe am Leben in der Gesellschaft oder eine selbstbestimmte Lebensführung verwirklichen.

Diese Ungleichbehandlung ist nicht gerechtfertigt, da sie ausschließlich oder überwiegend auf Umständen beruht, die in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit der Behinderung stehen.

Änderungen, wie beispielsweise eine zügige Umsetzung und Förderung des integrativen Unterrichts, Auflösung von separierenden Förderschulen und umfassende Herstellung von Barrierefreiheit an den Schulen sind nur sehr bruchstückhaft erkennbar.

Der Landesbehindertenbeirat wird sich bis zum kommenden Behindertenpolitischen Forum positionieren, ob es sich hier um eine Diskriminierung im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes handelt.

Gleichzeitig empfiehlt er der Landesregierung, die Separationspolitik an den Schulen umgehend zu beenden und allen Menschen gleiche Chancen einzuräumen.

Die Landesregierung wird außerdem aufgefordert, umgehend wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die personellen und materiellen Voraussetzungen für die Überwindung separierender Schulpolitik zu schaffen.

Der Landesbehindertenbeirat sieht besonderen Handlungsbedarf in der Ausbildung entsprechend kompetenter LehrerInnen sowie in der Ausstattung der „Regelschulen“ mit den notwendigen Lehrerstunden.